

# Ein Fundament für mehr Gerechtigkeit

## Arbeit

- Digitalisierung
- Mitbestimmung
- Soziale Absicherung
- Rente

## Vorsorge

- Infrastruktur
- Daseinsvorsorge
- Gesundheitswesen

## Demokratie

- Demokratie wagen
- Wahlalter
- Projektrealisierung

## Umwelt

- Klimaschutz
- Energie
- ÖPNV
- Verbraucherschutz



**Gemeindeverband Holle**

# Arbeit

*Die Digitalisierung verändert Gesellschaft und Arbeitsleben. Ziel der Sozialdemokratie muss sein, auch in Zeiten der Digitalisierung gute und mitbestimmte Arbeit durchzusetzen. Im Prozess der Digitalisierung müssen die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt gerückt werden.*

*Wir brauchen die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis, konsequente Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Stärkung des Arbeitnehmerdatenschutzes. Gleichzeitig sind eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes mit einem erweiterten Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff und echte Mitbestimmungsrechte in den Aufsichtsräten bei Maßnahmen, die die strategische Ausrichtung des Unternehmens betreffen, erforderlich.*

*Wir plädieren für die Abschaffung der Scheinselbständigkeit (z.B. Paketfahrer) und der Niedriglöhne in vielen Branchen. Des Weiteren sind wir für die Abschaffung der Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen. Es muss das generelle Ziel erreicht werden, dass wer 8 Stunden arbeitet davon mit seiner Familie auch leben kann.*

*Das Renteneintrittsalter sollte regulär mit 63 Jahren beginnen. Es ist ein flexibles Rentensystem zu schaffen, wer möchte kann auch länger arbeiten bei flexibler Stundenzahl. Wer mit 63 nicht mehr kann oder will, bekommt seine reguläre Rente.*

*Alle Erwerbstätigen zahlen in die Sozialsysteme ein, Unternehmer, Selbständige, Beamte, Angestellte und Arbeiter.*

# Vorsorge

*Im Rahmen der Diskussion im SPD Gemeindeverband Holle wurden auch die Fragen der Daseinsvorsorge und des Umgangs mit gesellschaftlich wichtiger Infrastruktur thematisiert.*

*Auch das Zulassen von privaten Unternehmen bei der Kommunikations- und Energieversorgung sei ein großer Fehler gewesen. Gesellschaftlich wichtige Infrastruktur gehört in die Verantwortung von Staat und Gesellschaft. Die SPD muss eine Debatte darüber anstoßen, inwieweit bestimmte Versorgungsleitungen/wege wie z.B. Glasfasernetz, Wasserleitungen, Stromnetz, Straßen in die Verantwortung des Staates oder bestimmter gesellschaftlicher Organisationen zurückgeholt werden müssen. Hierbei ist auch die Rolle von Genossenschaften zu thematisieren.*

*Die Mitglieder waren sich einig, dass die Privatisierung von Krankenhäusern und anderer Leistungen im Gesundheitswesen ein großer Fehler gewesen ist. Das Gesundheitswesen muss reformiert werden. Der Patient muss im Vordergrund stehen und nicht die Gewinne der Unternehmen und Krankenkassen. Das Prinzip „Wer viel Geld hat, kann sich viel Gesundheit leisten,“ ist falsch. Gesundheitszentren auf dem Land könnten z. B. die Krankenhäuser entlasten, die Versorgung auf dem Land sichern und Patienten weite Wege und lange Wartezeiten ersparen. Die Budgetierung der Ärzte ist abzuschaffen.*

*Die SPD in der Gemeinde Holle fordert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Hierzu gehören die Anpassung der Ausbildungskapazitäten, die Schaffung eines dualen Ausbildungssystems, bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.*

# Demokratie

*Einen anderen Aspekt der Diskussion in der Holler SPD bildete die Frage, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wer hieran mitwirkt. Mit Blick auf die Digitalisierung und die Veränderung der Arbeitswelt wurde die Frage einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes diskutiert, um die Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten zu stärken.*

*Desweiteren wurde das nach wie vor gegebene Wahlalter mit 18 Jahren kritisch diskutiert. Jugendliche dürfen mit 14 Jahren einer Partei beitreten. Sie engagieren sich an den unterschiedlichsten Stellen für unsere Gesellschaft. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Bundestagswahlen wäre ein wichtiger und längst überfälliger Schritt, um Jugendliche stärker in politische Prozesse einzubeziehen. Die SPD auf Landes- und Bundesebene sollte diese Forderung aufgreifen und gegenüber den Koalitionspartnern forcieren.*

*Ein weiterer Aspekt war die Dauer von Entscheidungen und die Realisierung von Kommunalen und Überregionalen Projekten, diese ist einfach zu lang.*

*Z.B. Deichbau bei Heersum 10 Jahre, Entscheidung K+S über 7 Jahre, Verkehrsverbund bis jetzt 15 Jahre, sowas macht Politik unglaubwürdig.*

# Umwelt

*Die Mitglieder waren sich darüber einig, dass Klimaschutz für die Sozialdemokratie kein Nischenthema sein darf. Es ist zentral für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung. Hinzu kommt: Es ist kein Thema allein für die sogenannte „große“ Politik, auch Regionen und Kommunen haben Potenziale und Verantwortung, bei denen sie aber Unterstützung bedürfen.*

*Mit Blick auf die Debatte zum Kohle-Ausstieg und zur Arbeit der Kommission auf Bundesebene betonten die Mitglieder sowohl die Notwendigkeit des Ausstiegs als auch die Notwendigkeit, diesen in den entsprechenden Regionen mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu begleiten.*

*Klimaschutz muss aber auch immer mit strukturellen Maßnahmen wie der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, einem effizienten ÖPNV, bezahlbarer Energie einhergehen. Klimaschutz darf nicht aus dem Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten bezahlt werden.*

*Dieselfahrverbote müssen ausgesetzt werden. Zum einen da in der EU anscheinend keine einheitlichen Bestimmungen für den Messpunkt gibt und solange die Schifffahrt und andere Industriezweige ihren Dreck ungestraft in die Luft abgeben dürfen, ist das nicht gerechtfertigt.*

# Umwelt

*Der Staat und seine Organe, wie z.B. Kommunale Fahrzeuge und der ÖPNV, müssen hier Vorreiter sein.*

*Die Verkehrspolitik ist zentral für die Entwicklung ländlicher Räume. Aber auch mit Blick auf Klima- und Umweltpolitik kommt der Verkehrspolitik eine zentrale Rolle zu. Eine Wende in der Verkehrspolitik bedeutet nicht, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger durch Sanktionen gegen das Auto einzuschränken. Ziel muss sein, den ÖPNV in den ländlichen Räumen, in den Städten und im Zusammenspiel von Städten und ländlichem Raum attraktiver zu gestalten.*

*Hierzu gehört u.a. die Senkung der Fahrtarife. Mit Blick auf die Vorgaben der Landesnahverkehrsgesellschaft zur Tarifgestaltung ist hier über den Weg der Landespolitik auf eine Änderung der Tarifvorgaben und der Politik der Landesnahverkehrsgesellschaft hinzuwirken.*

*Auch die Schaffung eines barrierefreien ÖPNV gehört in dem Zusammenhang auf die Tagesordnung: Die SPD in der Gemeinde Holle hat dieses Thema zumindest mit Blick auf den Bahnhof Derneburg im Spätsommer 2018 auf die Tagesordnung gesetzt. Hierbei sind aber in erster Linie das Land Niedersachsen und die Bundesregierung gefragt. Wir fordern die Landes- und Bundespolitik auf, die Modernisierung von Bahnhöfen im ländlichen Raum und hier die Schaffung von Barrierefreiheit auch zukünftig finanziell zu unterstützen.*

*Eine große Chance auf ein flexibles ÖPNV bietet z.B. das Autonome Fahren, da kleine Busse flexibel eingesetzt werden und mehr Haltestellen im Ort angefahren werden können was insbesondere für ältere Menschen von Bedeutung ist.*

*Zur Verkehrspolitik gehört auch der Umgang mit der Automobilindustrie, die Verpflichtung dieser auf das Verursacherprinzip (unter anderem im Zusammenhang mit dem sog. „Diesel-Skandal“) und gleichzeitig die Entwicklung von Perspektiven für die Automobilindustrie und ihre Beschäftigten.*

*Hier die Forderung das Fahrzeuge, die in den Betrug fallen, vom Hersteller entweder nachgebessert werden, das Fahrzeug gegen ein anderes getauscht wird oder das Fahrzeug zurückgegeben werden kann ohne das dem Käufer Kosten entstehen. Die gefahrenen Kilometer dürfen nicht angerechnet werden, da der Betrug vom Käufer nicht zu bemerken war und Verzögerungen durch die Hersteller erfolgt sind.*